

Antrag 55/I/2022**KDV Spandau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt durch tätiges Handeln (Konsens)****Jährlicher Evaluierungsbericht der Kontaktpersonen für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt an Berliner Schulen**

1 Die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie wird aufge-
2 fordert dafür zu sorgen, dass die Kontaktpersonen für se-
3 sexuelle und geschlechtliche Vielfalt an den Berliner Schu-
4 len jährlich einen Bericht verfassen. Dieser Bericht soll
5 einen Überblick über geplante Projekte und Ziele beim
6 Kampf gegen Diskriminierung und Erhöhung der Sicht-
7 barkeit von Vielfalt an den Schulen liefern, die Umsetzung
8 beschreiben und eine Bewertung der Ergebnisse zum En-
9 de des Schuljahres enthalten. Auf Grundlage des Berichtes
10 soll die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
11 Strategien entwickeln, um Problemen entgegenzuwirken.

12

13 Begründung

14 Mit der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung
15 und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ hat Berlin 2009 ei-
16 nen wichtigen Schritt beim Kampf gegen Ausgrenzung,
17 Homo- und Transphobie gemacht. Die Einführung der
18 Kontaktperson für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt an
19 allen Schulen in Berlin ist dabei eine wichtige Schnittstel-
20 le. Gerade an unseren Schulen kommt es täglich zu homo-
21 phoben Beleidigungen oder Diskriminierung auf Grund
22 der Sexualität oder Geschlechteridentität. Studien zeigen,
23 dass 62% der Sechsklässlerinnen „Schwuchtel“ und 40%
24 „Lesbe“ als Schimpfwort benutzen. Das Suizidrisiko liegt
25 bei homosexuellen Schülerinnen dreimal und bei trans-
26 sexuellen sechsmal höher, als bei ihren heterosexuellen
27 Klassenkameradinnen im Alter zwischen 12- und 20 Jah-
28 ren.

29

30 Die Kontaktpersonen haben dabei die Aufgabe Schüle-
31 rinnen bei allen Fragen rund um die sexuelle- und ge-
32 geschlechtliche Vielfalt zu beraten, Diskriminierung entge-
33 genzuwirken und die Sichtbarkeit von Vielfalt an den
34 Schulen zu erhöhen. Oft werden durch die Schulen kei-
35 ne Kontaktpersonen benannt, Lehrkräfte nehmen nicht an
36 den Schulungen zu Sensibilisierung von Vielfalt teil oder
37 Schulintern wird das Thema nicht behandelt. Durch den
38 jährlichen Bericht sollen Probleme von Seiten der Schu-
39 le festgehalten werden, damit sie der Senat bestmöglich
40 unterstützen kann. Damit wollen wir vermeiden, dass die
41 Schuld allein auf die Schulen abgeladen wird.